

Looking Ahead at the Muslim World after 9/11

DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE VEREINIGTEN STAATEN IN DER MUSLIMISCHEN WELT NACH DEM 11. SEPTEMBER 2001

In der interdisziplinären Veranstaltung untersuchten Experten des United States Institute of Peace Fragestellungen zur muslimischen Welt. Ziel war es, ein „allgemeines Bild“ über die regionalen und internationalen Herausforderungen und Möglichkeiten zu entwickeln, die den Vereinigten Staaten in den nächsten Jahren bevorstehen. Außerdem sollten die komplizierten Zusammenhänge und Verbindungen zur Sprache kommen, die sich aus den ganz unterschiedlichen Entwicklungen bzw. Konflikten in der muslimischen Welt ergeben. Im Rahmen der Konferenz wurde der ideologische Extremismus bzw. Terrorismus und das Potential für Reformen und Demokratisierung untersucht.

Paul Stares, Vizepräsident des zum Institut gehörenden Center for Conflict Analysis and Prevention und Experte für Sicherheitsfragen in Nordostasien, leitete seinen Vortrag mit dem Kommentar ein, dass kein Konsens über die Bedrohung existiere, da der Fokus auf das Phänomen nicht ganzheitlich genug sei. Dadurch fehlten langfristige Lösungsansätze. Die islamistische Militanz sei ein großes Problem, vor allem auch deshalb, weil der islamistische Terrorismus keine monolithische Bewegung sei. Es handele sich hierbei also nicht um eine traditionelle Bedrohung, deshalb müsse man für die Problemerkennung Denkmuster aus der „Seuchenbekämpfungstheorie“ bzw. aus der Epidemiologie verwenden. Dadurch erhalte man ein sehr brauchbares Modell zur Erfassung der islamistischen Dynamik. Drei

Schlüsselfragen müsse man hierbei beachten:

1. „Wie können die Erreger beseitigt werden?“
2. „Wie können die Zielgruppen (z.B. Dschihadisten, die ja nicht von vornherein gewaltbereit sein müssen, Medienvertreter sowie Bewohner der Krisenherde Irak und Israel-Palästina) gestärkt werden?“
3. „Wie lassen sich die Umweltfaktoren, d.h. in diesem Fall also die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, verbessern?“

Anknüpfend an diese Ausführungen informierte C. Christine Fair, Forschungsbeauftragte für Konfliktanalyse und Konfliktprävention mit dem Schwerpunkt „Politische und militärische Angelegenheiten“, über Madrasas (Koranschulen) in Pakistan. Christine Fair kam in einer Studie zu dem Ergebnis, dass es keinen Zusammenhang gebe zwischen den Koranschulen und den Terrorattentätern. Die Attentäter stammten in der Regel eher aus reicheren Familien und seien oft besser ausgebildet als der Durchschnitt. Meist besuchten vor allem die Kinder aus ärmeren Verhältnissen die Madrasas, da diese auf die Angebote der kostenfreien Koranschulen angewiesen seien. Es sei aber nachgewiesen, dass Terrorismus ein Arbeitsmarktproblem sei, das noch durch Sektierertum und Tribalismus verstärkt würde.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

STEFANIE MAGIN

Oktober 2006

www.kas.de/usa

www.kas.de

Theodore Feifer, Spezialist für den arabisch-israelischen Friedensprozess betonte, dass der Irakkrieg den Terrorismus in der arabischen Welt gefördert habe. Seit dem Krieg habe es deutlich mehr Rekrutierungen für Terrorzellen gegeben. Die USA würden als Bedrohung für den Islam angesehen, deshalb würden auch die Anschläge von 2001 als notwendiges Übel angesehen.

Darüber hinaus sei es unbedingt erforderlich, die US-Armee aus dem Irak und Afghanistan abzuziehen. Gleichzeitig müsse auch weiterhin die nationale Sicherheit in den USA gewährleistet werden. Dies könne nur geschehen, indem man eine „Alternative“ anbiete, um den gewaltbereiten Dschihadisten das Wasser abzugraben. Da dies in Pakistan z.B. nicht geschehe, seien dort die Menschen antiamerikanisch. Einerseits propagierten die Vereinigten Staaten in der Welt die Demokratie, andererseits unterstützen sie Präsident Musharaf, der alles andere als demokratisch sei.

Im folgenden Diskussionsteil betonte Judy Barsalou – Expertin des Instituts für den Nahen Osten – dass das Hauptproblem bei der Beschäftigung mit dem Islam die große Spannweite des Begriffes „Islamismus“ sei. Diese reiche von Islamisten wie den Taliban, die den Koran und die Sunna als zentrale Richtschnur für ihre Politik ansähen, bis hin zu den moderaten Muslimen und Laizisten in der Türkei. Es gebe ein großes Interesse der Muslime daran, sich an rechtmäßiger politischer Partizipation zu beteiligen, wobei eine religiöse Gruppe wie die Muslimbruderschaft häufig als gegen Ungerechtigkeit und für Wohlfahrt kämpfend wahrgenommen werde. Barsalou nannte zwei Problemlösungsansätze: Entweder man könne einfach die islamistischen Gruppen im politischen Prozess ignorieren, was nicht unproblematisch sei, wenn diese Gruppe dann irgendwann an die Regierung käme oder man unterstütze die moderaten Kräfte darin, ihre demokratischen Rechte zu nutzen. Dabei sei zu beachten, dass nur die religiösen Parteien gut organisiert seien, die säkularen Kräfte seien momentan sehr schlecht organisiert.